

Übersichten

September 1997

Außenpolitik

1 „Eigenlob“ für Außenpolitik

Die „dritte Generation der kollektiven Führung der Kommunistischen Partei Chinas hat, gestützt auf Deng Xiaopings tiefgreifende Analyse der internationalen Lage und seine strategischen Leitprinzipien zur Diplomatie, ihre herausragende Fähigkeit nachgewiesen, diplomatische und internationale Angelegenheiten in der komplizierten Situation, die nach dem Kalten Krieg eingetreten ist, zu bewältigen.“ So lautet das stolze Fazit, das die chinesische Führung mit Blick auf die eigene Außenpolitik der letzten fünf Jahre Anfang September 1997 gezogen hat. Es haben sich „neue Ausichten“ für die eigene Diplomatie ergeben, weil „sich Chinas internationaler Status und sein Einfluß in internationalen Angelegenheiten ständig verbessern“. Nach einzelnen Weltregionen aufgeteilt fällt die positive chinesische Eigenbewertung wie folgt aus.

Im ostasiatischen Umfeld seien die „freundschaftlichen Beziehungen“ zu den ASEAN-Ländern deutlich verbessert worden. „Großer Fortschritt ist erzielt worden hinsichtlich der Beilegung geschichtlich überkommener Probleme, der Bereinigung von Grenzbeziehungsfragen und der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel.“ Nicht zuletzt wird vermerkt, daß China 1996 den Status eines vollen Dialogpartners der ASEAN erhalten habe. Auch im Verhältnis zu Südasien habe sich die

Lage seit Präsident Jiang Zemin's Besuchen in Indien, Pakistan und Nepal deutlich zum Positiven hin gewandelt. Vor allem das bilaterale Verhältnis zu Indien sei „auf eine neue Ebene gehoben“ worden. Auch die chinesisch-japanischen Bindungen haben „im allgemeinen eine gute Entwicklung“ gezeigt. „Auf allen Gebieten der Zusammenarbeit ist Fortschritt erzielt worden.“ Es wird jedoch mahndend eingeschränkt: „China hofft, daß Japan die geschichtliche Problematik anerkennt und angemessen handhabt und daß es die grundlegenden Prinzipien, auf denen die chinesisch-japanischen Beziehungen beruhen, nicht in Frage stellt, um so die beiderseitigen Beziehungen in einer gesunden und stabilen Langzeitperspektive zu fördern.“

Das Klima im chinesisch-russischen Verhältnis habe sich seit der „Normalisierung der Beziehungen 1992“ ebenfalls kontinuierlich verbessert. Die bilateralen Kontakte seien nicht zuletzt durch gegenseitige Staatsbesuche, so u.a. Präsident Jiang Zemin's Rußlandbesuch im April 1996, „in ein neues Stadium umfassender und vertiefter Entwicklung eingetreten“. Im Rahmen der für das 21. Jahrhundert beschlossenen „strategischen Partnerschaft“ haben sich die Aussichten deutlich erhöht, „regionalen und globalen Frieden und Sicherheit zu gewährleisten“. Ausdruck des neuen gegenseitigen Vertrauens sei u.a. die Vereinbarung zur Verringerung der Streitkräfte entlang der 7.000 km langen Grenze, die von China, Rußland und drei zentralasiatischen Staaten unterzeichnet worden ist.

Das Verhältnis Chinas zu Afrika und Lateinamerika habe während der letzten Jahre aufgrund der Besuche Jiang Zemin's in Afrika und Li Peng's in Lateinamerika und sechs afrikanischen Staaten ebenfalls ein größeres Gewicht gewonnen. Das gelte nicht zuletzt für die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Auch Chinas Beziehungen zu Westeuropa „werden kontinuierlich stärker“. Dies sei vor allem der Tatsache zu verdanken, daß die westeuropäischen Länder „die grundlegenden Leitprinzipien der chinesisch-europäischen Beziehungen“, verkörpert durch „gegenseitigen Respekt, Bemühung um Gemeinsamkeiten bei Bewahrung der

Unterschiede, Gleichheit und gegenseitigen Nutzen“, anerkannt haben. Diese Leitprinzipien habe Ministerpräsident Li Peng während des „Asia-Europe Meeting“ im März 1996 programmatisch als Grundlage der gesamten europäisch-asiatischen Beziehungen herausgestellt.

Selbst die amerikanisch-chinesischen Beziehungen haben seit der zweiten Hälfte 1996 „nach einer Phase der Windungen und Rückschläge“ eine positive Richtung genommen. „Präsident Jiang Zemin's kommender Besuch in den Vereinigten Staaten im Herbst wird sicherlich zu einem Meilenstein für die weitere Förderung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen werden.“

Chinas Rolle in den wichtigen internationalen Organisationen der Weltgemeinschaft sei ebenfalls als konstruktiv zu bewerten. Man habe große Anstrengungen unternommen, eine „faire und vernünftige politische wie wirtschaftliche Ordnung zu begründen“. Insbesondere habe „China als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates eine besondere und aktive Rolle“ gespielt. Darüber hinaus habe Präsident Jiang Zemin während der letzten Jahre an allen APEC-Konferenzen teilgenommen, und schließlich liege ein großes Verdienst der chinesischen Außenpolitik darin, daß „die gesamte diplomatische Arbeit dem Wachstum der Volkswirtschaft Chinas gedient hat“.

Diese allgemein positive Bewertung der chinesischen Außenpolitik veranlaßte den Präsidenten und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Jiang Zemin, während des 15. Parteitages die Friedensorientierung seines Landes erneut hervorzuheben. „China benötigt ein langfristig friedliches internationales Umfeld und vor allem gute Beziehungen zu den umliegenden Ländern, um sein sozialistisches Modernisierungsprogramm zu vollenden.“ Er betonte ferner, daß aus seiner Sicht „die internationale Lage gegenwärtig entspannter“ sei. „Der Trend zur Multipolarität hat sich global und regional auf politischem, wirtschaftlichem und anderen Gebieten weiter entfaltet.“ Dieser Trend trage zu Frieden und Stabilität bei. „Für eine ziemlich lange Zeit wird es

möglich sein, einen neuen Weltkrieg abzuwenden und ein günstiges, friedliches internationales Umfeld zu gewährleisten.“ Gefahren beständen allerdings noch immer, weil „die Mentalität des Kalten Krieges fortbesteht und Hegemonismus und Machtpolitik die Hauptquellen der Bedrohung des Weltfriedens und der Stabilität sind“. Zudem sei „die alte internationale Wirtschaftsordnung unfair und irrational“, so daß sie „die Interessen der Entwicklungsländer verletzt und zur Erweiterung der Wohlstandsgefälle führt“. (XNA, 6., 13.9.9) -ma-

2 WTO-Beitritt?

Die japanische Regierung befürwortet eine möglichst baldige Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation WTO. Dies ist eines der Ergebnisse bilateraler Verhandlungen zu Handelsfragen und Fragen des erweiterten Marktzugangs für japanische Dienstleistungsunternehmen, die am 27.-29. August in Tokyo und am 2.-3. September in Beijing stattfanden. Im Anschluß an diese Verhandlungen hatte Japan während des ersten asiatisch-europäischen Wirtschaftsministertreffens zu Gunsten Chinas die Initiative ergriffen und sich bemüht, die europäischen Vertreter in dieser Frage auf seine Seite zu ziehen. Der Hauptwiderstand gegen eine rasche WTO-Aufnahme Chinas kommt zur Zeit vor allem aus den USA. Dort ist man der kritischen Überzeugung, daß „noch ein langer Weg zu gehen“ sei, bevor China die notwendigen Beitrittsvoraussetzungen erfülle. „We believe it must be on commercially viable terms, which means real opening of China's markets. In our judgment, that's what the WTO is all about.“ Die amerikanische Position wurde von europäischer Seite gestützt. Der Handelsbeauftragte der EU Sir Leon Brittan betonte gegenüber den japanischen Vertretern, daß man in der Europäischen Kommission die amerikanischen Vorbehalte weitgehend teile. China habe sich nicht genügend bewegt, um die Bedingungen für einen Beitritt zur WTO zu erfüllen. „There is substantial progress to be made before we can bring it to a close.“ Dies gelte vor allem mit Blick auf zahlreiche gesetzliche Bestimmungen und Regelungen, die sich eindeutig diskriminierend ge-

gen die Tätigkeit ausländischer Unternehmen auf dem chinesischen Markt auswirkten. (IHT, 29.9.97; XNA, 5.9.97) -ma-

3 Quid pro quo

Ende September kam es während eines Besuchs bei den Vereinten Nationen in New York zu einem Arbeitsfrühstück zwischen den Außenministern Kinkel und Qian Qichen. Beide Minister äußerten sich zufrieden über die jüngsten Entwicklungen im bilateralen Verhältnis und verliehen ihrer Hoffnung Ausdruck, daß beide Länder in Zukunft in internationalen Fragen verstärkt zusammenarbeiten würden. Von chinesischer Seite wurde in diesem Zusammenhang betont, man werde die wirtschaftliche Öffnung des Landes fortsetzen „und auch den Dienstleistungssektor allmählich nach außen öffnen“. In diesem Punkt lag offensichtlich die eigentliche Bedeutung des Gesprächs. Die deutsche Seite sagte ihre Unterstützung für eine möglichst baldige Aufnahme Chinas in die WTO zu. China revanchierte sich mit der Aussage, man werde die Bewerbung Deutschlands um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat befürworten, da die Bundesrepublik für einen Sitz „qualifiziert“ sei. (SWB, 27.9.97; XNA, 27.9.97) -ma-

4 UN-Haushaltsbeitrag

Die Vereinigten Staaten haben die Volksrepublik aufgefordert, in Zukunft einen höheren Beitrag zur Finanzierung des UN-Haushaltes zu leisten. In Washington erwartet man, daß der chinesische Anteil auf vier Prozent erhöht wird, um eine Haushaltslücke zu vermeiden, „if Washington succeeds in having its assessment reduced to 20 percent from the current 25 percent“. Bisher beläuft sich Chinas Haushaltsbeitrag auf 0,7%. Der amerikanische Vorstoß wurde von chinesischer Seite nicht offen abgelehnt. Man werde eine Beitragssteigerung in Betracht ziehen. Aber „jede Revision oder Anpassung muß auf dem Prinzip der Zahlungsfähigkeit beruhen... China wird keinen Vorschlag akzeptieren, der gegen dieses Prinzip läuft.“ Man müsse die wirtschaftlichen Probleme Chinas berück-

sichtigen: „The present economy of China is not as strong as some people claim it to be... Even continuing with the present rate of growth, it will be at least 30 years before China reaches intermediate level among the developed countries.“ (XNA, 14.9.97; IHT, 1.9.97; SCMP, 14.9.97) -ma-

Innenpolitik

5 Parteikommissionen wollen den Gesetzesvollzug effektiver überwachen

Die Kommission für Politik und Recht (*zhengfa weiyuanhui*) des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, die für die politische Aufsicht über das Justizsystem zuständig ist, hat in diesem Jahr eine großangelegte landesweite Untersuchung über Fragen des Gesetzesvollzugs angestellt. Der Kampf gegen Defizite und Mißstände im Gesetzesvollzug bildet seit 1996 einen Schwerpunkt in der Arbeit der KP-Kommissionen für Politik und Recht sowie der staatlichen Justizbehörden in China.

Alle Parteikommissionen für Politik und Recht auf Provinzebene waren dazu aufgefordert, Vorschläge für eine verbesserte Aufsicht über den Gesetzesvollzug (*zhifa jiandu*) zu unterbreiten. Im September kamen Vertreter der regionalen Kommissionen zu einer Konferenz zusammen, um über die Ergebnisse ihrer Nachforschungen zu diskutieren. (*Fazhi Ribao*, 12.9.1997)

Bemängelt wurde, daß sich bislang nur eine „weiche Aufsicht“ durchführen lasse: Regelmäßige und kontinuierliche Maßnahmen zur Kontrolle der Tätigkeit von Regierungs- und Justizorganen, die eigentlich notwendig wären, würden nur in Ausnahmefällen praktiziert. Auch fehlten detaillierte rechtliche Vorgaben, die einen verbindlichen Rahmen für die Kontrolle des Gesetzesvollzuges setzen könnten. Um eine effektive Aufsicht zu leisten, müßten Autorität und Arbeitsorgane nicht nur der Parteikommissionen für Politik und Recht, sondern auch der Volkskongresse gestärkt werden. Darüber hinaus müsse die Kritik an Mißständen von seiten der Medien und der Bürger wirksamer einbezogen werden.